



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0896890

P/XV/288 - 19. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Vertagte Entscheidungen</u>	51
	Zum Abschluss der NATO-Tagung in Paris	
2 - 3	<u>Realistische Vision, nicht doktrinaire Utopie</u>	111
	Die Aufnahme des Godesberger Programms in Asien	
	Von Willi Eichler, Vorstandsmitglied der SPD	
4	<u>VW und CDU</u>	45
	Banken im Dienste der CDU-Propaganda	
5 - 6	<u>Schäffer korrigiert Kiel</u>	58
	Zu einer Erklärung des Bundesjustizministers	

* * *
* *

Vertagte Entscheidungen

-ier. Spektakuläre Entscheidungen waren von dieser alljährlich in Paris stattfindenden Tagung der Nato-Mächte nicht zu erwarten. Der Anfang Januar bevorstehende Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten gab allen, von den verschiedensten Seiten gemachten Vorschlägen über den weiteren militärischen und politischen Ausbau des Verteidigungsbündnisses mehr oder weniger akademischen Charakter. Das galt sowohl für die seinerzeit Aufsehen erregende Anregung des Oberbefehlshabers der Nato, General Eberstadt, die Nato zu einer vierten Atommacht zu gestalten, wie auch für den Vorschlag des ausscheidenden USA-Aussenministers Herter, der Nato mit Atomsprengeköpfe versehene Mittelstreckenraketen sowie einige mit Polarisraketen bestückte U-Boote zu liefern. Zu ernsthaften Diskussionen darüber ist es nicht gekommen. Sie beschränkten sich auf die von allen Seiten anerkannte Notwendigkeit, die Nato so zu stärken, dass sie auch angesichts der wachsenden militärischen und politischen Macht des Ostblock in der Lage ist, allen möglichen Situationen mit der nötigen Entschlossenheit und den erforderlichen Mitteln zu begegnen. Diese allgemeinen Überlegungen sind an sich kein Schwächezeichen, eher ein Beweis für die innere Festigkeit eines Bündnisses, das auf der Grundlage der Freiwilligkeit und der Anerkennung für alle Mitglieder verpflichtenden Werte beruht.

In diesem Bündnis nehmen die Vereinigten Staaten eine überragende Stellung ein. Ohne deren aktive Mitwirkung blieben alle Beschlüsse in der Luft, hätten sie keine Lebenskraft. Es liegt im Wesen der amerikanischen Demokratie, dass eine abtretende Regierung die Hände ihrer Nachfolger bei Entscheidungen, die die Zukunft der Nation und deren Stellung in der Weltpolitik berühren, nicht bindet. Der neue Präsident, umgeben mit einem auf der Höhe der Zeit stehenden wissenschaftlich geschulten Beraterstab, hat seine eigenen Vorstellungen, wie man der kommunistischen Herausforderung am wirksamsten entgegenzutreten kann, und dies nicht in einem ausschliesslich militärischen Sinne. Er verbindet Entschlossenheit mit Flexibilität. So dürfte unter seiner Führung die USA-Politik beweglicher, anpassungsfähiger, selbstbewusster und initiativenreicher werden. Der Westen insgesamt braucht eine zielsichere, der Chancen und der Risiken bewusste Führung für die kommenden, gewiss nicht idyllischen Jahre. Sie kann nur von den Vereinigten Staaten gestellt werden.

Mit besonderer Genugtuung hat die deutsche Öffentlichkeit die erneute Versicherung aller Nato-Mächte registriert, die Freiheit der Bevölkerung Westberlins vor allen sowjetischen Drohungen und unruhigenden Taktiken zu schützen. Das ist an die Adresse Pankows und auch Moskaus gerichtet. Man wäre dort schlecht beraten, diesen einmütigen Solidaritätsbeweis der freien Welt auf die leichte Schulter zu nehmen.

Weniger gut beraten war unser Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, als er, frisch wie immer, seine Gedanken über die Nützlichkeit einer besonderen Gipfelkonferenz der Nato-Staaten im Frühjahr nächsten Jahres entwickelte. Sprach daraus etwa die Sorge, die Vereinigten Staaten würden über die Köpfe der Bündnispartner hinweg Sonderarrangements mit der Sowjetunion treffen? Dieses Misstrauen ist wohl unbegründet, und aus dem ablehnenden Echo, das dieser Straußsche Ritt auslöste, kann jeder Einsichtige erkennen, dass zwar die Bundesrepublik als ein wertvoller und geschätzter Partner im Kreise ihrer Verbündeten gilt, es ihr aber nicht zukommt, in diesem Bündnis den Ton zu bestimmen.

Realistische Vision, nicht doktrinaire Utopie

Von Willi Eichler, Vorstandsmitglied der SPD

In "Geist und Tat", Monatszeitschrift für Recht, Freiheit und Kultur, schildert Willi Eichler, Vorstandsmitglied der SPD und Mitgestalter des Godesberger Programms, die Eindrücke, die er aus einer Vortragsreise in Fernost gewann. Wir entnehmen u.a. daraus:

Auf Einladung der Evangelischen Akademie in Tokio hatte ich dort das neue Programm darzustellen und auszulegen. Es hat bis nach Japan hin einen großen Widerhall gefunden, gerade wegen seiner Unbefangtheit, mit der es die Wege zum demokratischen Sozialismus zur Diskussion stellte und das Ziel eindeutig und klar formulierte. Ich spreche in Tokio vor der Evangelischen Akademie, der Sozialistischen Partei Japans, den Demokratischen Sozialisten dort, einem marxistischen Arbeitskreis und der Waseda-Universität vor einer Zuhörerschaft von mehr als 800 Studenten. Es waren also Menschen aller gesellschaftlichen Schichten und sehr verschiedener sittlicher und religiöser Überzeugungen, die mit dem neuen Programm der SPD bekanntgemacht wurden. Die Zustimmung zu diesem Programm war so weitgehend, wie es kaum der größte Optimist hätte erwarten können. Die ausführlichen Diskussionen zeigten, daß das Entscheidende des neuen Programms nicht nur begriffen wurde, sondern daß auch eine außerordentliche Befriedigung darüber herrschte, wie sehr eine sozialistische Partei die allgemeinen Grundsätze vernünftigen mitmenschlichen Verhaltens und die Würde des Einzelmenschen in den Mittelpunkt ihrer gesamten programmatischen Arbeit und ihrer theoretischen Auffassung stellte.

Das Beispiel Japans war nicht das einzige. In Korea, in Rangoon, in Kalkutta, Delhi und Madras wiederholte sich nur, was sich auch in Japan gezeigt hat. Es war bezeichnend, daß als einziges ernsthaftes Argument gegen das neue Programm die Frage war, ob wirklich die Möglichkeit bestünde, Freiheit und Gerechtigkeit in einer aufstrebenden Gesellschaft zu sichern, ohne die Produktionsmittel der privaten Verfügung zu entziehen. Daß dieses Argument hier sein altes Gewicht hatte, war nicht verwunderlich, denn im wesentlichen geht es darum, die Wirtschaft schnell aufzubauen, um damit den allgemeinen Lebensstandard zu erhöhen, - was in Japan nicht so brennend wichtig ist wie in Asien sonst. Darin zeigt sich nicht eine Ausgeburt "materialistischen" Denkens, sondern im wesentlichen die Notwendigkeit einer Entscheidung zwischen dem Weg des Kommunismus und dem des demokratischen Sozialismus, der bei voller Aufrechterhaltung demokratischer Freiheiten den Lebensstandard erhöhen will.

*

Diese Entscheidung, vor der Japan und ganz Asien stehen, wird im Westen viel zu wenig ernstgenommen. Der Westen zeigt dem nicht-kommunistischen Osten das geradezu provozierende Bild eines ungeheuren Reichtums und eines Wohlstandes, der, verglichen mit dem Lebensstandard im Osten ein schreiender Luxus ist, wobei man hier Japan einmal ausnehmen kann. Die asiatischen Völker wollen unter allen Umständen diesen ungeheuren Unterschied möglichst schnell überwinden. Der "Trost" der industrialisierten Länder: bei ihnen hätte das auch fast 200 Jahre gedauert, ist eine lächerliche Antwort auf den vorständlichen Wunsch der asiatischen Völker. Und sie ist um so lächerlicher, als die Sowjetunion ihnen gezeigt hat, daß man in vierzig Jahren aus einem feudalen Agrarstaat ein hochindustrialisiertes Land machen kann, das zur Spitzengruppe der industrialisierten Länder gehört. Die Versuchung, diesen Weg zu gehen, ist groß. Denn sowohl die Staatsmänner dieser Völker als auch

die Völker selber haben das sichere Gefühl, daß die neuerrungene Freiheit sich auf die Dauer nur halten kann, wenn es gelingt, in Freiheit die Wirtschaft erheblich auszudehnen und den Lebensstandard merklich und ständig zu verbessern.

*

Auf die Sorgen und Zweifel Asiens hinsichtlich der Möglichkeit einer freien Entwicklung bei gleichzeitiger ständiger Steigerung des Lebensstandards gibt das Grundsatzprogramm der SPD eine klare Antwort. Vom bloßen Spiel der freien Kräfte läßt sich auch in Asien nichts erhoffen; für den Aufbau der Wirtschaft sind erhebliche staatliche Aktionen und Planungen nötig. Die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Machtgebilde muß verhindern, daß die Wirtschaftsgewaltigen sich praktisch des Staates bemächtigen und einer gesunden Entwicklung der Arbeiterbewegung Hemmnisse in den Weg legen. Die Tatsache, daß eine starke Arbeiterbewegung als Gegenmacht der Unternehmer, auch staatlicher Unternehmungen auftreten und die Interessen der arbeitenden Menschen wirksam vertreten kann, öffnet den Weg zu einer Gesellschaft, die in demokratischen Auseinandersetzungen den allgemeinen Wohlstand ständig steigern kann, ohne sich von einer Partei- oder Staatsbürokratie politisch und sozial total abhängig zu machen, wie das im Kommunismus geschieht.

*

Die Einsicht, daß das neue Programm der SPD diesen Weg zeigt, war der Grund für die Zustimmung. Denn soviel ist mir bei meinen vielen Gesprächen und Diskussionen klar geworden, und das ist die Hauptidee aus dieser Reise: Die im Programm aufgezeigten Grundwerte des demokratischen Sozialismus sind in keiner Weise etwa auf Europa oder gar Deutschland beschränkt. Sie werden in Asien allgemein als die tragenden Werte der gesellschaftlichen Ordnung anerkannt, und man begrüßt es, daß der demokratische Sozialismus sich so offen und ausdrücklich zu ihnen bekennt, was früher nie so deutlich geschehen ist. Noch mehr aber überzeugt die Erklärung des Programms, daß Gleichheit und Freiheit für alle, d.h. auch für alle Völker, gesichert sein müssen, wenn diese Menschheitsideale nicht Lippenbekenntnisse bleiben sollen.

*

Es bleibt nur ein Aber. Und dieses Aber ist nicht klein: Der Wert eines Programms zeigt sich in seiner Verwirklichung. Das Programm des demokratischen Sozialismus, so wie es im neuen Grundsatzprogramm der SPD niedergelegt ist, steht und fällt in unserer Zeit mit der Solidarität der industrialisierten Länder gegenüber den neuen befreiten Staaten. Es hat für diese neuen Staaten in ihrer heutigen Verfassung seine große Anziehungskraft nur in Verbindung mit einer sehr bedeutenden Starthilfe, die die industrialisierten Länder den sogenannten Entwicklungsländern zu geben bereit sein müssen. Wie etwa der Marshall-Plan den europäischen Wirtschaften wieder auf die Beine geholfen hat, so daß sie nach einigen Jahren wieder auf eigenen Füßen stehen konnten, so muß ein ähnlicher Plan den Entwicklungsländern die schrecklichen Geburtswehen einer voll sich entwickelnden Wirtschaft erleichtern. Fast alles bleibt erst noch zu tun! Die Bitterkeit in den neuen Staaten über das Zögern der industrialisierten Länder ist groß. Sie wissen genau, daß bloße Verstärkung des Handels, Aufbaukredite und dergleichen nicht ausreichen, ihre Probleme zu lösen, sondern daß außer der bisher geleisteten Entwicklungshilfe ganz andere Summen, und zwar als verlängerter Zuschuß nötig sind, um eine möglichst schnell sich entwickelnde Wirtschaft in Gang bringen zu können. Sie verstehen das Zögern der industrialisierten Länder nicht, weil sie sich nicht vorstellen können, daß die menschliche Solidarität mit den hungernden Millionenmassen nicht ausreichen könnte, Hilfsmaßnahmen anzuspornen, und weil sie noch weniger glauben und verstehen können, daß die industrialisierten Länder nicht wenigstens klug sind, den neuen Staaten durch eine großzügige Hilfe bei ihrer Entwicklung beizustehen und sie dadurch dem Einfluss des Kommunismus zu entziehen.

VW und CDU

H.M.- In diesen Tagen haben 83 Banken der Bundesrepublik ihrer verehrten Kundschaft den offiziellen Verkaufsprospekt, sowie den Kaufantrag für VW-Aktien in Massensendungen zugestellt. Die Privatisierung der Volkswagen-Aktiengesellschaft ist damit angelaufen. Die Banken erbat die Rückgabe der ausgefüllten und unterschriebenen Kaufanträge bis spätestens Mitte März 1961. "Erwerben Sie Eigentum am Volkswagenwerk - werden Sie VW-Aktionär!". So lautet die an kaufkräftige Schichten gerichtete Aufforderung. Auf einige Eigentümlichkeiten der Verkaufswerbung, die kaum mit den banktüblichen Usancen der Einführung eines Wertpapiers in Einklang zu bringen sind, sei hier hingewiesen.

So fällt zunächst auf, dass auf der ersten Seite des Katalogs in hervorstechendem Schriftbild darauf hingewiesen wird, dass die 60-prozentige Überführung des Volkswagenwerkes "in die Hände der Kleinaktionäre" auf Grund eines Initiativantrages der CDU/CSU erfolgt. Aber die Aufklärung, wem die Segnungen der reichumsfördernden VW-Aktien zu verdanken sind, wird noch weiterhin vertieft. "Die Bundesregierung erhebt die Forderung 'Eigentum für jeden' zu einem entscheidenden Bestandteil ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik". Das ist eine Regierungs-, wenn nicht gar Wahlpropaganda reinsten Wassers. "Die Überführung des Volkswagenwerkes in das Eigentum von Privatpersonen", so heisst es weiter, "ist eine wichtige unter vielen Massnahmen, die diese Forderung erfüllen helfen".

Man muss sich fragen: hat diese Formulierung mit sachbezogenen Vertrauenswerbungen der Banken überhaupt noch das geringste zu tun? Ist es üblich, den künftigen Aktionären auf solche Weise informative Berichte zu liefern? Wäre es nicht eher Bestimmung und Aufgabe der Banken, auf die besonderen Anlagenkonditionen des vorliegenden Falles hinzuweisen? Wir wollen anerkennen, dass man diese Gesichtspunkte nicht völlig übersehen hat. Die Banken schreiben: "Sie übernehmen (mit dem Erwerb von VW-Aktien) aber auch ein Risiko, wie es jeder unternehmerische Einsatz von Kapital mit sich bringt. Der Aussicht einer Kurssteigerung Ihrer Aktien -zum Beispiel durch gute Ertragslage und Substanzzuwachs- steht die Möglichkeit rückläufiger Kurse -etwa durch konjunkturelle Anschwächungen oder politische Einflüsse- gegenüber".

Dieser Hinweis allerdings, so berechtigt und wichtig er auch ist, findet sich erst auf der vorletzten Seite des 12-seitigen Verkaufsprospekts und obendrein im schlichten Gewande einer Randbemerkung. Wir stellen fest: schon vor Zuteilung des ersten Anteilscheines ist seine sachliche Kommentierung der regierungsamtlichen Propaganda zum Opfer gefallen. Die Börse ist bislang stets ein von den Politikern streng gemiedenes Terrain gewesen. Sie werden wissen, warum. Man darf daher mit Recht erstaunt sein, wach besonderliches Interesse der VW-Aktie plötzlich zuteil wird. Um es mit einem Goethe-Zitat zu umschreiben: "Man merkt die Absicht, und man wird verstimmt".

Schäffer korrigiert Kiel

Kn - Kiel

Ende letzter Woche hat Bundesjustizminister Dr. Schäffer durch einige kurze Erklärungen die bisher in Kiel und Schleswig sorgsam gehütete Justizphilosophie über die Behandlung der Fälle Lautz, Schlegelberger und Oberheuser zum Einsturz gebracht. Der Minister aus Bonn hat erklärt, eine Strafverfolgung der in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen Abgeurteilten durch deutsche Gerichte wäre durchaus möglich, wobei man dann im Urteil nur die Strafe anrechnen sollte, die bereits nach dem Nürnberger Spruch abgesessen worden ist.

Demgegenüber hatte sich das Justizministerium in Kiel immer betont auf den Standpunkt des Schleswiger Oberlandesgerichts gestellt. Dieses Gericht hatte die Auffassung vertreten, der Überleitungsvertrag zwischen Bonn, Paris, London und Washington aus dem Jahre 1955 verbiete zwingend eine neue Anklageerhebung gegen die damals in Nürnberg Abgeurteilten. So hatte es das Gericht angelehnt, den so schwer belasteten Staatssekretär und Reichsjustizminister in der nationalsozialistischen Zeit, Dr. Schlegelberger, und die im Konzentrationslager Ravensbrück bei den Sulfonamideversuchen schuldig gewordene Frau Dr. Oberheuser strafrechtlich anzuklagen. Das Ministerium in Kiel hatte sogar gemeint, diese Schleswiger Urteile seien richtungweisend in der ganzen Bundesrepublik - obgleich bereits früher vom Bundesgerichtshof in einem anderen Fall genau gegenteilig entschieden worden ist.

Der Bundesjustizminister soll und kann natürlich den Ländern und deren höchsten Gerichten keine Anweisungen für Urteile gegen Kriegsverbrecher und frühere prominente Nationalsozialisten geben. Er hat aber den begrüßenswerten Vorschlag gemacht, eine Konferenz der Länderjustizminister soll sich noch in diesem Winter mit der strafrechtlichen Seite befassen. Zweifellos dürfte man sich dann und zwar auf Grund der überaus klaren Rechtsfolgerungen des Bundesgerichtshofs zu der Erkenntnis durchringen: "Trotz Nürnberg ist eine Strafverfolgung

möglich". Für Schleswig-Holstein würde das der Wink für Generalstaatsanwalt Dr. Voss (CDU) bedeuten, erneut Anklage gegen Schlegelberger, Oberheuser und vor allem Lautz zu erheben und die Strafprozesse gegen diese Leute mit Nachdruck durch die Instanzen bis zum höchsten Bundesgericht durchzuziehen.

Darüber hinaus hat der Bundesjustizminister noch betont seine Meinung zu einem anderen höchst wichtigen Punkt hinsichtlich dieser Fälle gesagt. Die oberen Gerichte in Schleswig waren kritisiert worden, weil sie recht freizügig mit dem Begriff "fehlendes Unrechtsbewusstsein" umgegangen waren und daraufhin zu der Auffassung gelangten, man könne beispielsweise dem Dr. Schlegelberger nicht einmal seine Pensionen in Höhe von rund 2.900.-- DM monatlich entziehen. Schäffer sagte in Kiel, der Grosse Strafsenat des Bundesgerichtshofes lege diesen Begriff sehr eng aus. Er lasse ihr nur gelten, wenn "bei Anspannung aller Geisteskräfte" dem Täter das Unrecht nicht erkennbar gewesen sein muss. Es gibt wohl keinen Zweifel darüber, dass die Oberheuser, Lautz und Schlegelberger jedenfalls alle ihre Geisteskräfte zur Prüfung, ob sie Rechtes oder Unrechtes in der nationalsozialistischen Zeit taten, nicht angespannt haben.

Schliesslich muss auch anerkannt werden, dass der Bundesjustizminister Schäffer gerade in Schleswig-Holstein auf die zu weiche Fassung des 131er-Gesetzes vor dem Hintergrund dieser Fälle hingewiesen hat. Der Minister sagte, noch in dieser Legislaturperiode werde eine Novelle zum 131er-Gesetz kommen, damit die Verwaltung eine grössere Bewegungsmöglichkeit beispielsweise zum Anerkennen der Ruhestandsbezüge nach dem 131er-Gesetz erhalte. Nach dieser Novelle, die noch bis zum Herbst nächsten Jahres herauskommen soll, würden dann die zuständigen Landesminister nicht so wie bisher die durch viele Instanzen endlos Geplagten der Leute sein, die man in Nürnberg schon verurteilt hat.

* * *